

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. M. 1.50 einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tele.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinspaltige Seite 12 Pfennige, im amtlichen Teile die gespaltene Seite 30 Pfennige.

Sernsprecher Nr. 210.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

N 134.

57. Jahrgang.

Dienstag, den 14. Juni

1910.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume werden
am 17. und 18. Juni 1910
nur dringliche Angelegenheiten erledigt.

Eibenstock, den 27. Mai 1910.

Königliches Amtsgericht.

In Wildenthal soll der nahe dem Förstereigehöfte stehende Zapfenschuppen abgetragen und der Abbruch gegen Ueberlassung sämtlicher Bauteile an den Meistbietenden vergeben werden. Etwaige Bewerber können sich jeden Wochentag zwischen

2 und 4 Uhr nachm. in der königlichen Oberförsterei Wildenthal zwecks Besichtigung des Schuppens melden. Vordrucke zum Angebote und Abtragsbedingungen werden dort ausgegeben. Bezügliche Angebote sind gehörig ausgefüllt und unterschrieben bis **Sonabend, den 18. Juni d. J.**, vormittags 10 Uhr beim **königlichen Landbauamt Zwidau**, Königl. 1, postfrei einzureichen. Die Auswahl unter den Bewerbern und die Ablehnung sämtlicher Angebote bleiben vorbehalten. Die Bewerber bleiben an ihre Angebote bis zum 30. Juni d. J. gebunden.

Königl. Landbauamt Zwidau,
den 12. Juni 1910.

Zu Nr. 1210 Ebbreg.

Ein neues Quinquenat.

Von der „Nordb. Allg. Ztg.“ wird, wie bereits erwähnt, offiziell angekündigt, daß wir demnächst mit einer neuen Militärvorlage zu rechnen haben werden. In einem Dementi gegen einige umherschwirrende, im allgemeinen aber wohl wenig geglaubte Gerüchte wird davon Mitteilung gemacht, daß hinsichtlich der kommenden Neuforderungen für das Heer nichts zu vertuschen sei und daß die Vorlage nichts vermischen lassen werde, was nach dem Urteil der kompetenten Stellen im Interesse der Schlagfertigkeit des Heeres notwendig sei. In einem Hamburger Blatt hatte man nämlich behauptet, daß man an Landheer sparen wolle, um das Flasko der Reichsfinanzreform zu verbergen, gleichzeitig wurde hinzugefügt, daß Herr v. Bethmann-Dollweg, gleichzeitig wurde der Geschäfts die Bedingung gestellt habe, es dürfe nach Ablauf des Quinquenats keine größere Heeresforderung kommen, was man aber vertuschen wolle. Infolge dieser Bemerkungen erklärt sich wohl der scharfe Ton, den das offiziöse Dementi anspricht, in welchem mit Entrüstung zurückgewiesen wird, als ob der Reichskanzler etwas vernachlässigen könne, was mit der Wehrkraft des Landes in Zusammenhang steht. Es wird betont, daß die Neuforderungen für das nächste Quinquenat in voller Uebereinstimmung zwischen dem Reichskanzler und den Militärstellen ganz im Sinne der hierüber früher schon gegebenen Erklärungen aufgestellt werden würde. Das jetzige Quinquenat läuft im nächsten Jahre ab und man wird sich daher in diesem Winter darüber schlüssig zu machen haben, welche Forderungen man stellen wird. Es könnte nun infolge der offiziellen Auslassung so scheinen, als ob man mit Neuforderungen hervortreten würde, indessen ist das wenig wahrscheinlich, denn schon mehrfach ist betont worden, daß man an eine beträchtliche Erhöhung des Präsenzstandes nicht gehen wird. Sollte etwas derartiges notwendig werden, so würde sich aller Voraussicht nach eine Vermehrung nur in ganz mäßigen Grenzen halten, die durch eventuelle neue Einrichtungen erforderlich sind, welche sich namentlich auf die technische Ausgestaltung unseres Heeres beziehen. Was an neuen Forderungen in den letzten Jahren gekommen ist, bezog sich fast ausnahmslos auf dieses Gebiet, da es gilt, für die deutsche Armee die neueren Erfindungen der Technik und Wissenschaft auf dem Gebiete der Kriegskunst zu eigen zu machen. Aus den offiziellen Auslassungen geht hervor, daß man wiederum ein Quinquenat vorzuschlagen geneigt ist. Eine derartige für eine Reihe von Jahren festgelegte Forderung hat ihr Gutes, andererseits aber auch ihre Schwächen. In der Hauptsache war man früher gegen Militärforderungen oft die stärkste Opposition geltend machte und bekanntlich der Reichstag mehrere Male wegen der Ablehnung militärischer Forderungen aufgelöst worden ist. Inzwischen haben sich die Zeitläufe geändert, den Militärvorlagen stellte man sich auch auf Seiten der bisherigen Opposition etwas freundlicher gegenüber, sodas vielfach die Ansicht verbreitet ist, man könne ruhig auf diese Bindung verzichten. Freilich möchte man von Seite der Regierung hierauf nicht verzichten, weil man davon ausgeht, was man hat, hat man. Man scheut es, alljährlich die Bewilligung vornehmen zu lassen, weil man befürchtet, daß da noch mehr gestrichen werden und eine gewisse Untätigkeit Platz greifen könnte. Andererseits aber hat sich die Festlegung bei unbedingt erforderlich gewordenen Neuerungen als ein ziemliches Hindernis bewiesen, und es blieb nichts anderes übrig, als die Forderungen in einer Weise zu gruppieren und neue Anordnungen zu treffen, daß die Bestimmungen des Quinquenats wenigstens den Buchstaben nach nicht verletzt wurden; in Wahrheit ist also eigentlich das Quinquenat fast alljährlich in gewissem Sinne, wenn auch unter Zustimmung des Reichstages, durchbrochen worden. In welcher Höhe sich die neuen Forderungen bemessen werden, weiß noch niemand, vielleicht auch die Militärverwaltung selber nicht genau, aber allzu lange wird es ja nicht dauern, bis man weiteres hierüber hören wird. Freilich wird die Regierung darauf rechnen müssen, daß man im Hinblick auf die Finanzlage alle Jahre einzelne Forderungen auf das Genaueste prüfen wird und daß gar manche Abstreichungen zu verzeichnen sein werden.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

In Gegenwart des Kaisers fanden am Sonnabend die Taufzeremonien am Schweriner Hofe in dem üblichen prunkvollen Rahmen statt.

Der neue Kolonialsekretär. Der neuernannte Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. von Vindequist übernahm am Sonnabend vormittag formell die Leitung der Geschäfte, die Herren von Kommando der Schutztruppen, sowie die Vorsteher der einzelnen Bureaus im großen Sitzungssaal des Reichskolonialamts um sich sammelte. Nachdem der Staatssekretär der großen unvergänglichen Verdienste seines Amtsvorgängers, der übrigens die Beamten noch zu einer besonderen Abschiedsfeier in seinem Heim begrüßen wird, mit warmen Worten gedacht hatte, behandelte er in kurzen Zügen die nächsten Ziele der deutschen Kolonialpolitik und gab dabei der Hoffnung Ausdruck, daß die koloniale Beamtenschaft, mit der er in einer zum Teil bis in die neunziger Jahre zurückreichenden gemeinsamen Arbeit verbunden sei, ihn bei der Lösung dieser schwierigen Aufgaben mit dem alten Pflichtgefühl und in der alten Einmütigkeit unterstützen werde.

Dernburgs Reise. Zu der Nachricht über die geplante Reise des Staatssekretärs a. D. Dernburg nach Ostasien erzählt die „Information“, daß über den Zeitpunkt des Antritts der Reise noch keine Bestimmungen getroffen worden sind. Der Staatssekretär, der größere Landreisen in China zu machen beabsichtigt, wird sich mit dem Antritt seiner Reise nach dem Gange der politischen Verhältnisse in China richten.

Dankadresse des Bundes der Industriellen an den Staatssekretär a. D. Dernburg. Der Vorstand des Bundes der Industriellen beschloß in seiner Sonnabend Sitzung, an den Staatssekretär a. D. Dernburg eine Adresse zu richten, der sich auch die Vertreter der Verbände sächsischer, thüringischer, schlesischer und württembergischer Industrieller sowie großer Fachverbände der deutschen Industrie anschlossen. Die Adresse lautet: „Der Rücktritt Ew. Excellenz vom Amte als Staatssekretär des Reichskolonialamts wird vom Bunde der Industriellen tief bedauert. Als Ew. Excellenz vor fast vier Jahren aus einer großen kaufmännischen Wirklichkeit zur Leitung eines Reichsamtes berufen wurden, ist diese Berufung aus unseren Kreisen mit großen Hoffnungen begrüßt worden. Heute gedenken wir Ihrer erfolgreichen Tätigkeit mit besonderem Danke. Durch die tatkräftige Einleitung umfassender und planvoller Eisenbahnbauten, durch die Veranlassung deutschen Kapitals und deutschen Unternehmungsgewisses haben Sie begonnen, unseren weiten Kolonialbesitz für die heimische Volkswirtschaft fruchtbar zu machen. Für die künftige Versorgung der deutschen Industrie mit kolonialen Rohstoffen, eine unserer ersten Aufgaben, wurden durch die amtliche Wirksamkeit Ew. Excellenz bahnbrechende Schritte getan. Dafür wird Ihnen die deutsche Industrie allezeit dankbar sein. Wir sprechen die Hoffnung aus, daß die Tatkraft und Erfahrung Ew. Excellenz auch nach Ihrem jetzigen Ausscheiden aus dem Reichsdienste großen vaterländischen Aufgaben dienstbar bleibt.“

Zur Balancierung des nächsten Reichshaushaltsetats. Daß die Balancierung des Reichshaushaltsetats für 1911 mit Schwierigkeiten verbunden sein wird, ist bekannt. In der Reichstagskommission zur Beratung des Entwurfs eines Zuwachsgesetzes hat der Staatssekretär des Reichsschatzamtes die Situation beleuchtende Zahlen gegeben, indem er ausführte: Für das Rechnungsjahr 1911 sei die Schwierigkeit schon aus folgenden Ziffern zu entnehmen. Es ergebe sich in diesem Jahre allein durch die verstärkte Schuldentilgung, durch die erhöhte Verzinsung der Reichsschuld, durch das Einschwinden des Reichs-Invalidentfonds, durch das Anwachsen des Pensionsfonds und durch die Abtötung von einem Drittel des Fehlbetrages aus dem Jahre 1909 eine Mehrausgabe von rund 115 Mill. Mark. Dem stehe entgegen ein Abgang von rund 40 Mill. Mark wegen Wegfalls der einmaligen Beamtenbeihilfen und wegen Wegfalls der Erbschaftsteuererleichterungen. Es blieben

also zu decken 75 Millionen Mark. Hierfür ständen nach gegenwärtiger Schätzung nur etwa 60 Millionen Mark Mehreinnahmen gegen 1910 an Zöllen und Steuern zur Verfügung. Dem so verbleibenden Defizit von 15 Millionen Mark sei noch die im Flottengesetz vorgesehene Mehrausgabe von 22,5 Millionen Mark hinzuzurechnen. Es würde der größten Anstrengung und der vorsichtigsten Verteilung der Ausgaben auf die kommenden Jahre bedürfen, um unter solchen Umständen an der unbedingt nötigen Balancierung des Etats mit 80 Pfennig Matritularbeiträgen festzuhalten.

Die französische Sprache bei den elsässischen Truppenteilen. Aus Strassburg kommt folgende Meldung, die im Elsaß wohl erhebliches Aufsehen machen wird: In mehreren Regimentern, in denen Mannschaften aus Elsaß-Lothringen eingestellt sind, ist auf Grund einiger Vorläufe für alle Soldaten ein Verbot erlassen worden, sich innerhalb der Kasernen der französischen Sprache zu bedienen, da die Unterhaltungen deutscher Soldaten auch in deutscher Sprache erfolgen müßten. Desgleichen ist den Soldaten vor Augen geführt worden, daß es besonders für die Elsässer eine Ehrensache sein müsse, sich in Briefen gleichfalls der deutschen Sprache zu bedienen, die die Sprache ihres Vaterlandes sei. Alle in Betracht kommenden Mannschaften wurden darauf hingewiesen, daß sich die im Elsaß lebenden Angehörigen der Soldaten in Briefen, die sie in die Kasernen an ihre Söhne senden, soweit es möglich ist, auch in weitem Umfange der deutschen Sprache bedienen, da es keinen guten Eindruck mache, wenn z. B. offene Postkarten, die deutsche Soldaten aus ihrem Elternhaus erhalten, in der französischen Sprache abgefaßt seien. Es wurde aber auch den Soldaten der Ratsschlag erteilt, die Vektüre französischer Blätter in der Kaserne zu unterlassen und dafür eins der vielen guten deutschen Blätter zu lesen, die eigens für Soldaten geschrieben wurden und den Gesichtskreis und die Interessen des Heeresstandes besonders berücksichtigen. Der Anregung wurde von allen Seiten Folge geleistet, so daß die französischen Zeitungen und Zeitschriften aus den Kasernen völlig verschwinden sind. Dieses Vorgehen der Militärbehörden ist selbstverständlich durchaus zu billigen; aber daß man überhaupt zu einem solchen Verbot greifen muß, ist eine Folge der verfrühten Anordnung, die elsässischen und lothringischen Reuten in die im Lande stehenden Truppenteile einzustellen.

Zur päpstlichen Enzyklika. Der aus Vertretern sämtlicher evangelischen Kirchenbehörden Deutschlands bestehende deutsche evangelische Kirchenausschuß erließ gegen die Borromäus-Enzyklika eine Kundgebung, nach welcher er es nicht nur für sein unveräußerliches Recht, sondern auch als unabweisbare Pflicht betrachtet, namens der deutschen evangelischen Landeskirchen die durch nichts begründeten Angriffe gegen die evangelische Kirche mit voller Entschiedenheit zurückzuweisen. Mit voller Wacht der höchsten kirchlichen Autorität wurden hier Behauptungen ausgesprochen, welche durch ihren auffallend weitgehenden Mangel geschichtlicher Einsicht Unkundige irreführen mußten. Durch die herabwürdigende Beurteilung der reformatorischen großen Taten würden die Kirche und das ganze Volk aufs tiefste verletzt und das friedliche Einvernehmen der Konfessionen schwer gestört. Der deutsche evangelische Kirchenausschuß trachtet um des deutschen Volkes wie um des Evangeliums willen danach, daß der unvermeidliche Gegensatz der Konfessionen sich umwandelt in einen heiligen Wettstreit des Ringens um die ewige Wahrheit zur Entfaltung und Erweisung der in ihr geschlossenen Kräfte der Liebe. Eben darum aber könne der Kirchenausschuß nicht anders als mit dem heiligen Ernste der Wahrheit die unbegründeten Schmähungen der Reformatoren und die Verunglimpfung ihres Werkes zurückweisen, durch welches das evangelische Volk sich bewußt geworden sei, den einigen hohen Briefter Christus, den Weg zum Heil und die Freiheit von aller Menschenjagung und das allen zugängliche Wort Gottes gefunden zu haben. Endlich weise der Kirchenausschuß die sittliche Herabwürdigung der Fürsten und Völker zurück, welche die Träger der reformatorischen Bewegung geworden seien und deren Nachfolger bis heute den vollen Beweis geliefert haben, welche geistlichen, sittlichen und kulturellen Kräfte durch jene Bewegung entbunden und bei ihnen wirksam geworden seien.